

Antrag

**der Abgeordneten Lars Dietrich, Rolf Harlinghausen, Marcus Weinberg,
Bettina Bliebenich, Wolfgang Drews, Lydia Fischer, Hans Heinrich Jensen,
Roland Heintze, Klaus-Peter Hesse, Stefan Kraxner, Karen Koop,
Clemens Nieting, Dr. Andreas Mattner, Stefanie Strasburger (CDU)
und Fraktion**

**der Abgeordneten Günter Frank, Dr. Andrea Hilgers, Dr. Barbara Brüning,
Rolf-Dieter Klooß, Lutz Kretschmann-Johannsen, Aydan Özoguz (SPD)
und Fraktion**

**der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Christiane Blömeke, Farid Müller,
Jens Kerstan, Dr. Willfried Maier (GAL) und Fraktion**

zu den Drucksachen
18/1508 und 18/1584

Betr.: Internationale Jugendarbeit stärken

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich über die Europaminister-Konferenz (EMK) und das Hanse-Office frühzeitig dafür einzusetzen, dass ein eigenständiges Jugendprogramm der EU mit einer ausreichenden Finanzausstattung auch nach 2006 erhalten bleibt;
2. zu prüfen, ob bei der für das Jahr 2005 geplanten Überarbeitung der Globalrichtlinie GR J 4/1999 (in der Fassung vom 10. Juli 2001) „Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit in den Bezirken“ die Aspekte der interkulturellen Bildung und der Internationalen Jugendarbeit stärker zu gewichten sind;
3. die Einrichtungen der Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit bei der Entwicklung interkultureller Konzepte zu unterstützen;
4. eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Anträgen im Rahmen von Städtepartnerschaften in der Senatskanzlei zu erreichen und im Rahmen eines Zuwendungscontrollings zum Haushaltsplan 1.1 darüber zu berichten;
5. in Abstimmung mit den in Hamburg anerkannten Trägern der internationalen Jugendarbeit ein Empfehlungsschreiben zu erstellen, dass den Trägern die Abwicklung der Formalitäten zur Einreise und Aufenthalt von Jugendlichen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates besitzen, in die Bundesrepublik Deutschland und in das Ausland erleichtert und beschleunigt;
6. einen Kriterienkatalog für die Empfehlungsschreiben zu entwickeln, der die sachgerechte und zügige Vergabe an den gewünschten Personenkreis sicherstellt und damit die Seriosität vermittelt, die für eine ausreichende Akzeptanz bei Behörden, Botschaften und Konsulaten notwendig ist;

7. zu prüfen, in welcher Weise bestehende Liquiditätsprobleme bei Trägern aufgrund noch nicht ausgezahlter Fördermittel bei zentral geförderten Maßnahmen der EU gelöst werden können;
8. weiterhin Träger zu unterstützen, die trotz der gegenwärtigen innenpolitischen Situation in Israel Austauschmaßnahmen und Begegnungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen planen und durchführen;
9. der Bürgerschaft bis zum Ende des Jahres 2005 hierüber zu berichten.